

Beschluss

Barrieren niederreißen für ein inklusives Brandenburg!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 24.01.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1 Leitantrag

Antragstext

14 Die vielen großen und kleinen Krisen letztes Jahr haben auch die immer noch
15 bestehenden Barrieren in unserer Gesellschaft für viele erst jetzt extrem
16 deutlich gemacht. Seien es Sprachbarrieren für Nicht-Muttersprachler*innen,
17 mangelnder physischer Zugang für körperlich eingeschränkte Menschen,
18 unzureichender Zugang zum Internet und damit zu digitalen Austausch- und
19 Lernräumen für Lernende, hohe Hürden für **neurodivergente*1** Menschen im Bildungs-
20 oder Arbeitsbereich, Ausgrenzung von Menschen in Risikogruppen - unsere
21 Gesellschaft ist für viele Menschengruppen wenig inklusiv.

22 **Wir wollen verdeutlichen, dass es bei Inklusion um weitaus mehr als Rampen oder**
23 **Untertitel geht!**

24 Inklusion ist kein Nischenthema! Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass
25 allen Menschen gleichsam gesellschaftliche **Teilhabe*2** und Meinungsbildung
26 ermöglicht wird. Die Barrieren, denen viele Menschen täglich begegnen, sind
27 meist menschengemacht und können deswegen auch von Menschen niedergerissen
28 werden! Mit diesem Leitantrag wollen wir den Anfang machen.

29 **1. Diskriminierende Barrieren beseitigen und soziale Sicherheit schaffen!**

30 Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind in vielen Teilen nicht an die
31 Lebensrealität **marginalisierter*3** Menschen angepasst. Ganz grundsätzlich findet
32 sich in Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft und Medienlandschaft die
33 Perspektive vor allem einer Gruppe: **weiß*4**, männlich, akademisch, **cis-hetero*5**
34 und physisch sowie psychisch nicht eingeschränkt. Das bedeutet, dass öffentliche
35 Diskussionen, Gesetzgebung und Forschung wenig bedenken, dass unterschiedliche
36 Menschen auch unterschiedliche Lebensrealitäten und deshalb auch
37 unterschiedliche Bedürfnisse an Staat und Gesellschaft haben.

38 Marginalisierte und illegalisierte Menschen erfahren zudem oft **intersektionale*6**
39 Diskriminierung aufgrund ihnen zugeschriebener Merkmale. Auch wird teilweise ein
40 einziges Merkmal, beispielsweise ein zugeschriebener, angeblicher
41 "Migrationshintergrund" oder eine Behinderung, in den Vordergrund gestellt und
42 die Person auf dieses Merkmal reduziert und **stigmatisiert*7**. Deswegen brauchen
43 wir stärkere rechtliche Grundlagen dafür, dass sich von Diskriminierung
44 betroffene Menschen aktiv gegen diese zur Wehr setzen können und dabei von
45 staatlicher Seite unterstützt werden. Dazu gehört auch, dass illegalisierten
46 Menschen schnellstmöglich ein Weg in die Legalität ermöglicht werden muss.

- 47 • Darum fordert die GRÜNE JUGEND Brandenburg ein
48 **Landesantidiskriminierungsgesetz*8** in Brandenburg! Im Koalitionsvertrag
49 wurde festgehalten, dass der Bedarf für ein solches Gesetz geprüft wird.
50 Wer selbst von Diskriminierung betroffen ist oder sich mit Betroffenen
51 austauscht, stellt aber schnell selbst fest: Auch in Brandenburg besteht
52 hier eine klaffende Lücke!
- 53 • Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert die **dauerhafte Legalisierung aller**
54 **Personen** in illegalisierten Situationen mittels juristischer Instrumente
55 wie z.B. dem Paragraph 23 (1) des Aufenthaltsgesetzes, welcher
56 illegalisierte Personen aus humanitären Gründen schützen könnte. Kein
57 Mensch ist illegal!
- 58 • Der Paragraph 87 des Aufenthaltsgesetzes, welcher fordert, dass
59 Angestellte im öffentlichen Dienst (mit Ausnahme von
60 Bildungseinrichtungen) **Informationen über den illegalisierten Status von**
61 **Personen weiterleiten**, muss abgeschafft werden.
- 62 • Außerdem fordern wir, dass der **Geltungsbereich des Brandenburger**
63 **Landesgleichstellungsgesetzes*9**, welches insbesondere die Gleichstellung
64 der Geschlechter fördern soll, auf Hochschulen, Unternehmen mit
65 Landesbeteiligung und auch auf privatwirtschaftliche Unternehmen in
66 Brandenburg **ausgeweitet wird**. Auch soll eine weitere Verschärfung für die
67 Kommunen geprüft werden.
- 68 Auch mangelnde soziale Absicherung stellt für Menschen, die keine regulären
69 Arbeitsverhältnisse eingehen können oder wollen, eine Barriere zur
70 gleichwertigen gesellschaftlichen Teilhabe dar. Für Menschen, die beispielsweise
71 eine Behinderung, keine Aufenthaltserlaubnis oder keine muttersprachlichen
72 Deutschkenntnisse haben, bleiben aufgrund mangelnder sozialer Absicherung häufig
73 nur ausbeuterische oder gefährliche Arbeitsverhältnisse wie
74 **Scheinselbstständigkeit*10**, illegale Beschäftigung oder Werkstätten. Das
75 bedeutet häufig geringfügige Entlohnung, völlige Abhängigkeit vom Arbeitgeber,
76 kein Schutz vor Ausbeutung und keine Arbeitnehmer*innenvertretung.
- 77 • Darum setzen wir uns dafür ein, dass auch in **Werkstätten für Menschen mit**
78 **Behinderung und in Justizvollzugsanstalten Mindestlohn** gezahlt wird, indem
79 der Arbeitslohn durch stärkere staatliche Förderung mitfinanziert wird.
- 80 • Zusätzlich müssen Menschen, die von der **Arbeit in einer Werkstätte in den**
81 **regulären Arbeitsmarkt** wechseln wollen, dabei in stärkerem Maße finanziell
82 unterstützt und begleitet werden. Werkstätten müssen stärker angehalten
83 werden, ihren Auftrag der Vorbereitung und Überführung auf den allgemeinen
84 Arbeitsmarkt gerecht zu werden.
- 85 • Außerdem müssen **Arbeitnehmer*innenvertretungen*11** wie betriebliche
86 Schwerbehindertenvertretungen im Speziellen und Betriebsräte im
87 Allgemeinen **gesetzlich gestärkt werden**, da diese oft erste Anlaufstelle
88 für marginalisierte und/oder diskriminierte Personen im Betrieb sind.
89 Betriebe, die die Gründung von Arbeitnehmer*innenvertretungen direkt oder
90 indirekt verhindern, müssen stärker staatlich sanktioniert werden.
- 91 • Wir setzen uns auch für die **Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens**
92 ein, um insbesondere marginalisierten Menschen **existentielle*12** Ängste und

93 den Zwang, aus schlechter Verhandlungsposition heraus ausbeuterische
94 Arbeitsverhältnisse einzugehen, zu nehmen und ihnen zu ermöglichen, sich
95 frei zu entfalten.

96 Stigmata und Vorurteile sind vor allem Barrieren in den Köpfen. Uns geht es aber
97 auch darum, konkrete physische Barrieren abzubauen. Räumliche Barrierefreiheit
98 beginnt mit dem **sukzessiven*13** Abbau vorhandener Barrieren in Gebäuden, dem
99 öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und der städtischen Baupolitik. Wenn die
100 Gesellschaft mobiler und der ÖPNV stärker werden sollen, dann müssen wir alle
101 mitnehmen.

- 102 • Wir fordern **absolute Barrierefreiheit als Ziel** für den öffentlichen
103 Nahverkehr, Ämter und Verwaltungseinrichtungen, Stätten der öffentlichen
104 Daseinsvorsorge, den Einzelhandel, die Gastronomie sowie Kultur- und
105 Bildungseinrichtungen.
- 106 • Vorhandene **Gehwege müssen den Bedürfnissen mobil eingeschränkter Personen**
107 angemessen ausgebaut werden, auch dann, wenn dafür eine Fahrspur weichen
108 muss. Zukünftige **Gehwege müssen inklusiv geplant** und über Autostraßen
109 priorisiert werden.
- 110 • Räume, Gebäude und Verkehrsmittel, die für die Öffentlichkeit gedacht sind
111 und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, müssen auch **für die**
112 **gesamte Öffentlichkeit zugänglich** sein! Wir fordern zudem, dass
113 privatwirtschaftliche Unternehmen und Dienstleister*innen perspektivisch
114 dazu **verpflichtet werden, Produkte und Dienstleistungen barrierefrei**
115 **anzubieten**.

116 **2. Jede*r hat das Recht auf Meinungsbildung und Repräsentation!**

117 Sprache bedeutet für viele eine Barriere, sich gesellschaftlich zu beteiligen.
118 Darunter fallen nicht nur Menschen mit einer geistigen Behinderung oder mit
119 Lernschwierigkeiten, sondern auch Personen mit nicht-muttersprachlichen
120 Sprachkenntnissen. Dennoch sind Inhalte in öffentlich-rechtlichen Medien
121 teilweise sehr komplex und sprechen kaum vielfältig genug alle
122 Bevölkerungsgruppen an. Der Anspruch muss deshalb sein, Inhalte und
123 Informationen für alle Einwohner*innen des Landes bereitzustellen. Dafür fordern
124 wir einen größeren Umfang an Berichterstattung in einfacher und Leichter
125 Sprache. Nur durch inklusive Berichterstattung wird allen Menschen ermöglicht,
126 sich eine Meinung zu politischen Geschehnissen zu bilden und sich an
127 gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen.

- 128 • Darum fordern wir, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass
129 zukünftig für Radio, Zeitungen und Fernsehen tägliche **Berichterstattung in**
130 **einfacher, gendergerechter und leichter Sprache** produziert wird. Eine
131 Zusammenfassung des Inhalts und eine Hilfe zur Navigation in Leichter
132 Sprache auf Webseiten ist dafür nicht genügend.
- 133 • Zudem muss der Anspruch bei Landesregierung, Ministerien und
134 Landesbehörden, Landtag und anderen Organen sein, Gesetze, Reden, Anträge
135 und Verordnungen **in leichte Sprache zu übersetzen sowie bei Videos**
136 **Untertitel und Gebärdenspracheübersetzung** bereitzustellen.

137 • **Unterrepräsentierte politische Perspektiven** von **BIPOC*14**, **LGBTIQ-**
138 **Personen*15**, Menschen mit Diskriminierungserfahrung oder Behinderung
139 müssen außerdem im **Solidarmodell*16** angemessen **dargestellt** werden.

140 • Außerdem fordern wir mehr Mittel für die **inklusive Umgestaltung von**
141 **Behördenstrukturen**.

142 Ein wichtiges Mittel zur Überwindung und zum Abbau von Barrieren ist die
143 Digitalisierung. Auch wenn durch das Behindertengleichstellungsgesetz
144 öffentliche Verwaltungen bereits dazu verpflichtet sind, Behördenschreiben,
145 Internetauftritte und -angebote schrittweise technisch so zu gestalten, dass sie
146 von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich uneingeschränkt genutzt werden
147 können, ist die Umsetzung in vielen Kommunen noch kaum zu stemmen.

148 Im Privatleben haben gerade marginalisierte Menschen überproportional häufig
149 nicht die finanziellen Mittel, um digital an Bildung, Arbeitsmarkt, politischen
150 Debatten oder gesellschaftlichem Austausch teilzuhaben. Aufgabe staatlicher
151 Fürsorge ist auch, allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Wir setzen uns
152 deshalb auch für einen schnellen Ausbau des **E-Government*17**, also der
153 zunehmenden Digitalisierung von Verwaltungen und Behörden, ein. Hierbei ist auf
154 hohe Datenschutzstandards zu achten.

155 • Wir fordern deshalb, dass die **Regelsätze Sozialhilfebeziehender für**
156 **technische Ausstattung erhöht** werden.

157 • Außerdem müssen endlich alle Schulen, Ausbildungsstätten und
158 Gemeinschaftsunterkünfte mit **kostenlosem, schnellen WLAN** ausgestattet
159 werden.

160 • Das **Brandenburgische E-Government-Gesetz** ist schnellstmöglich und
161 vollständig umzusetzen. Alle Brandenburger*innen müssen die Möglichkeit
162 haben, bei Behörden Formulare elektronisch zu unterschreiben und online
163 amtliche Dokumente anzufordern.

164 • Zusätzlich streben wir ein **Transparenzgesetz*18** an, um den Zugang zu
165 Dokumenten sowie Behördengänge durch die digitale Bereitstellung
166 maschinenlesbarer Dokumente niedrigschwelliger zu gestalten.

167 **3. Bildung für alle, mit allen!**

168 Bildungseinrichtungen müssen eine Schlüsselrolle bei der Inklusion von Menschen
169 mit Behinderung einnehmen. Durch Aufklärung und Begegnung sollen
170 Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten
171 Verständnis und Wertschätzung für die Position von Menschen mit Behinderung in
172 der Mitte der Gesellschaft schaffen. Es ist nicht ausreichend, dass
173 Behinderungen bisher nur aus medizinischer und **humangenetischer*19** Perspektive
174 im Rahmen des Biologieunterrichtes behandelt werden. Soziale und politische
175 Aspekte werden bisher vollkommen ausgeblendet. Daraus folgt eine starke
176 Diskriminierung von Menschen mit Behinderung.

177 • Wir fordern deshalb die Beschäftigung mit den **sozialen und politischen**
178 **Aspekten des Lebens mit einer Behinderung** im Rahmen des
179 Gemeinschaftskundeunterrichtes an allen Schulen. Dabei sollen
180 Schüler*innen auf die noch immer bestehenden Barrieren und die
181 Notwendigkeit der Minimierung solcher Barrieren hingewiesen werden.

- 182 • Die **Vermittlung von Verständnis und Wertschätzung gegenüber Menschen mit**
183 **Behinderung** sowie die Aufklärung über die Belange von Menschen mit
184 Behinderung sollte selbstverständlich ein Bestandteil eines jeden
185 Unterrichtsfaches und der pädagogischen Grundhaltung einer jeden Lehrkraft
186 sein.
- 187 • Die Verbesserung und den **Ausbau der Schulsozialarbeit**, um Diskriminierung
188 in der Schule entgegenzuwirken.
- 189 • Die Schaffung eines*einer Ansprechperson für Menschen mit Behinderung an
190 jeder Schule, welche für die Vermittlung zwischen Lehrpersonal,
191 Schülerschaft und der betroffenen Person dienen soll. Die Ansprechperson
192 soll gezielte Schulungen erhalten.

193 Bisher wird Inklusion in Deutschland in das **segregierende*20** Schulsystem
194 **integriert*21**, statt die strukturellen Formen von **Exklusion*22** innerhalb des
195 Schulsystems zu verändern. Es muss also einen komplett neuen strukturellen
196 Ansatz geben. Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert deswegen Entschlossenheit bei
197 der Weiterentwicklung der Schulstruktur. Als Schulmodell der Zukunft streben wir
198 die Gemeinschaftsschule als Schulform, die allen Kindern gerechte Chancen
199 bietet, an. Gemeinschaftsschulen ermöglichen bis mindestens zur zehnten Klasse
200 gemeinsames Lernen und gleichzeitig individuelle Förderung. Im Vordergrund steht
201 selbstorganisiertes und fachübergreifendes Lernen statt der Anhäufung von
202 isoliertem Faktenwissen. Alle Begabungen und Fähigkeiten werden gefördert, und
203 allen Kindern wird Teilhabe ermöglicht. Das aktuelle Bildungssystem
204 benachteiligt insbesondere Kinder aus armen und migrantischen Familien sowie
205 Schüler*innen mit Behinderung.

- 206 • Als Ziel für Brandenburg fordern wir, **nur noch Gemeinschaftsschulen** beim
207 Schulneubau zu planen und durch Umbauten und Fusion alle bestehenden
208 Schulen langfristig zu Gemeinschaftsschulen umzuwandeln.
- 209 • Lehrkräfte sollen in ihrem Stundendeputat **ausgewiesene Zeiten für**
210 **individuelle Gespräche und Förderung** erhalten.
- 211 • Schulen brauchen außerdem **multiprofessionelle Teams*23** aus verschiedenen
212 Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen.

213 Zurzeit bleibt Inklusion in der Bildung weit hinter dem eigentlichen Anspruch
214 zurück, nämlich gesamtgesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Neben dem Abbau
215 gesellschaftlicher Barrieren ermöglichen Bildungseinrichtungen auch den Kontakt
216 und Austausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Das Recht auf Bildung
217 gilt für alle Menschen, auch für Menschen mit Behinderung. Es muss daher auch zu
218 einer gesamtgesellschaftlichen Anerkennung gemeinsamen Unterrichts aller
219 Schüler*innen als Allgemeingut kommen. Das benötigt die umfassende Aufklärung
220 von Eltern, sowie auch Lehrkräften und der gesamten Gesellschaft.

- 221 • Statt Ausgrenzung von Schüler*innen mit Behinderung fordern wir einen
222 **gemeinsamen Unterricht an Schulen**. Langfristig müssen Förderschulen, wie
223 sie jetzt bestehen, der Vergangenheit angehören. Wir müssen endlich die
224 Voraussetzungen schaffen, dass auch Regelschulen so ausgestattet sind,
225 dass alle Kinder lernen können und gefördert werden. Deutschland muss
226 endlich die UN-Behindertenrechtskonvention einhalten, wozu sich das Land
227 rechtlich bindend verpflichtet hat.

- 228 • Außerdem fordern wir **Barrierefreiheit für alle Bildungseinrichtungen**.
- 229 • Klassen sind mit mehr **geschultem Lehrpersonal** auszustatten, um dem
230 individuellen Förderbedarf aller Schüler*innen gerecht zu werden.
231 Inklusionspädagogik muss im Lehramtsstudium mehr gefördert werden und
232 bereits ausgebildeten Lehrkräften muss entsprechende Fortbildungen
233 verpflichtend angeboten werden.
- 234 • **Schulbücher und -materialien** sind unter Einbeziehung entsprechender
235 Verbände von Menschen mit Behinderung **barrierearm zu gestalten**. Weiteren
236 müssen in Abbildungen und Texten Personen aller Bevölkerungsschichten,
237 unabhängig ihrer Hautfarbe, des Aussehens oder sexueller Orientierung
238 abgebildet und unabsichtliche Beleidigungen, von Kindern, dieser Menschen
239 sofort aufgeklärt werden. Gleichzeitig fordern wir eine Übersetzung der
240 zugelassenen Bücher in die Braille-Schrift.

241 **4. Demokratie geht nur mit allen!**

- 242 Politische und gesellschaftliche **Partizipationsmöglichkeiten*24** müssen
243 weitergehend gefördert werden. Gerade hier muss ein größerer Fokus auf
244 Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie mit
245 unterschiedlichen finanziellen und kulturellen Backgrounds liegen. Gerade
246 Parlamente erheben den Anspruch, die Gesellschaft in ihrer Vielfältigkeit zu
247 repräsentieren. Dass dieser Repräsentationsanspruch noch nicht umgesetzt ist,
248 sehen wir an der niedrigen Quote von Frauen, People of Colour, Menschen mit
249 Behinderung und anderen marginalisierten Gruppen in Kommunal-, Landes- und
250 Bundesparlamenten.
- 251 Menschen ohne deutschen Pass haben, unabhängig davon, ob sie in Deutschland
252 geboren wurden oder wie viele Jahre sie bereits in Deutschland leben, keine
253 Möglichkeit, ihre Interessen parlamentarisch zu repräsentieren - mit der
254 Ausnahme von EU-Bürger*innen bei Kommunalwahlen. In Brandenburg leben über
255 130.000 Menschen ohne deutschen Pass, und das im Durchschnitt seit mehr als acht
256 Jahren. Mehrere zehntausend von ihnen sind im wahlfähigen Alter, dürfen aber
257 nicht an Wahlen teilnehmen. Das ist für uns ein Demokratiedefizit!
- 258 • Wir fordern, das Brandenburgische Kommunalwahlgesetz sowie das
259 Brandenburgische Landeswahlgesetz dergestalt anzupassen, dass auch
260 **Menschen ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft an den Kommunal- und
261 Landtagswahlen teilnehmen** können, wenn sie sich seit mehr als sechs
262 Monaten in Deutschland aufhalten.
- 263 • Langfristig streben wir an, das **allgemeine Wahlrecht allen in Deutschland
264 lebenden Menschen zugänglich** zu machen, unabhängig von ihrem Pass. Das
265 Prinzip der Staatsbürger*innenschaft ist von Natur aus extrem
266 ausschließend.

267 Auch die Festsetzung des Mindestwahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf
268 16 Jahre ist eine Barriere zur politischen Einflussnahme und
269 Gestaltungsfähigkeit junger Menschen in Brandenburg. Die Teilnahme an einer Wahl
270 oder die Unterschrift unter einer **Petition*25** bietet häufig einen Ausgangspunkt
271 für weitere politische Auseinandersetzung und politisches Engagement. Eine große
272 Hürde ist jedoch die Tatsache, dass Volksinitiativen, Volksbegehren o.ä. nicht
273 online unterzeichnet werden können.

- 274 • Wir fordern eine **vollständige Aufhebung des Mindestalters** bei Wahlen und
275 Abstimmungen auf allen politischen Gliederungsebenen. Eine
276 Stellvertreter*innenwahl durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab.
- 277 • Außerdem fordern wir, dass umgehend die rechtlichen und technischen
278 Voraussetzungen geschaffen werden, um auch **digitale Unterschriften für**
279 **Volksinitiativen** und Volksbegehren zu ermöglichen.

280 **5. Kultur als Menschenrecht – für eine inklusive Kulturpolitik!**

281 Die Förderung der Kultur und unabhängiger Kultureinrichtungen gehört zu den
282 besonderen Aufgaben des Staates. Besonders viele Kulturinstitutionen und
283 Kulturschaffende haben schon vor der Pandemie hohe Summen an Fördermitteln
284 erhalten. Leider führt dies nicht automatisch zu einem inklusiven und
285 barrierearmen Kulturbetrieb.

286 Kulturschaffende hangeln sich von einem **prekären*26** Anstellungsverhältnis zum
287 nächsten. Zeitgleich ist auch der Zugang für viele Menschen unserer Gesellschaft
288 erschwert, beispielsweise durch hohe Ticketpreise und schlechte Repräsentation
289 bestimmter Personengruppen. Von Theatern und Schauspielhäusern, über
290 Konzerthäuser und Opern bis zu Galerien plagen alle ähnliche Probleme. Denn
291 trotz all der bisherigen Fördermittel liegen die Preise für Eintrittskarten für
292 viele Kulturveranstaltungen immer noch weit über einem für Normal- und
293 Geringverdiener*innen erschwinglichen Niveau. Das aktuelle Angebot des
294 **Sozialpasses*27**, welches einzelne Landkreise und Gemeinden freiwillig für
295 benachteiligte Menschen anbieten, führt leider zu einem brandenburgweiten
296 Flickenteppich.

297 Aktuell sind Kulturinstitutionen einer **Profitideologie*28** und einer
298 Förderpolitik unterworfen sind, die sie dazu zwingt, das zu spielen, was die
299 meisten möglichen Zuschauer*innen bringt. Das Beantragen von Fördermitteln darf
300 keinen hohen zeitlichen und bürokratischen Aufwand bedeuten. Zudem muss die
301 Vergabe transparenter und weniger eindimensional gestaltet werden. Gerade
302 Menschen mit Behinderung, BIPOC, LGBTIQ*-Personen oder Menschen mit
303 Diskriminierungserfahrung sind häufig unterrepräsentiert oder werden schon bei
304 der Rollenbesetzung prinzipiell ausgeschlossen. Ebenso muss der Zugang zu
305 bildenden Kunsteinrichtungen, wie Musikschulen, auch für sozial Benachteiligte,
306 Kinder mit Behinderungen oder Geflüchtete verbessert werden! Es darf kein
307 Privileg sein, ein Instrument zu spielen, im Chor zu singen oder selbst auf der
308 Bühne zu stehen. Kultur hat für alle Altersschichten auch einen wichtigen
309 sozialen Aspekt. Ein Ausschluss aus der Kultur, bedeutet ein Ausschluss aus der
310 Gesellschaft!

- 311 • Wir kämpfen gegen die Streichung von Fördermittel und -programmen, um so
312 einen Markt aus der Kultur zu machen! Stattdessen wollen wir eine **Erhöhung**
313 **der staatlichen Kulturförderung**, die sich auch direkt auf die Sicherheit
314 von Anstellungsverhältnissen und Ticketpreise niederschlägt.
- 315 • Insgesamt fordern wir eine **neue offensive Förderpolitik im Kulturbereich**,
316 welche alle Talente anerkennt und Chancen gerecht verteilt. Die Vielfalt
317 unserer Gesellschaft muss auch auf Bühnen, in Museen und den Künsten
318 abgebildet werden!

- 319 • Wir setzen uns für die **Einführung eines Brandenburgweiten Sozialpasses**
320 ein, der Strukturen vereinfacht, flächendeckend nutzbar ist, nicht von der
321 finanziellen Situation der jeweiligen Kommune abhängig und auch über den
322 Kreis der Sozialhilfeempfänger*innen hinaus verfügbar ist.
- 323 • Außerdem fordern wir die **Einsetzung eines Gremiums** aus verschiedenen
324 freien Trägern von Kultureinrichtungen, karitativen Einrichtungen und
325 staatlichen Organisationen, um Restkarten bei Kulturveranstaltungen zu
326 erwerben, zu symbolischen Preisen an Geringverdiener*innen abzugeben und
327 so **Kulturveranstaltungen niedrigschwelliger zu gestalten**.

328 **6. Endlich ein gerechtes Gesundheitssystem!**

329 Auf medizinischer und gesundheitlicher Ebene muss Inklusion noch besser
330 umgesetzt werden. Zahlreiche Ärzt*innen sind, insbesondere bei der Behandlung
331 von Menschen mit komplexen Behinderungen, überfordert und lehnen eine
332 professionelle ärztliche Behandlung ab. Es ist inakzeptabel, dass Menschen mit
333 Behinderungen oder ihre Angehörigen diese Behandlungen, teilweise langwierig,
334 erkämpfen müssen oder keine zertifizierte Praxis finden.

- 335 • Wir fordern deswegen generelle **Barrierefreiheit bei Ärzt*innenpraxen**,
336 damit alle Menschen das Recht auf medizinische Behandlung wahrnehmen
337 können.
- 338 • Es braucht eine angemessene **Anpassung der ärztlichen Ausbildung, um eine**
339 **wertschätzende, empathische und ganzheitliche Behandlung aller Menschen**
340 **sicherstellen zu können**.
- 341 • Außerdem muss die **Förderung von u.a. Medizinischen Zentren für Erwachsene**
342 **mit geistiger Behinderung (MZEB), Fachärzt*innen für Erwachsene mit**
343 **angeborenen Herzfehlern (EMAH)** und weiteren spezialisierte Richtungen
344 verstärkt werden, um **gute medizinische und therapeutische Behandlungen** für
345 alle sicherzustellen.
- 346 • **Schwangerschaftsabbrüche müssen ein verpflichtender Teil** der medizinischen
347 Ausbildung werden.

348 Im Angesicht des Pflegenotstandes ist es lange überfällig, ebenfalls pflegende
349 Angehörige zu entlasten. Diese sind immer noch gezwungen, insbesondere von
350 Menschen mit komplexer Behinderung, Krankenhausaufenthalte mit zu begleiten.
351 Diese Begleitung kostet Kraft und bedeutet zusätzliche **Care-Arbeit*29**. In dieser
352 Zeit kann einer Erwerbsarbeit nicht nachgegangen werden. Kranken- und
353 Pflegekassen müssen die Pflege- und Hilfsmittel endlich **adäquat*30** bewilligen
354 und den Zugang vereinfachen!

355 Menschen mit Behinderungen werden regelmäßig wie Bittsteller*innen behandelt,
356 wobei sie nur ihre Rechte zur Geltung bringen. Dies trifft zuletzt auch eine
357 besonders vulnerable Gruppe in Brandenburg, die vollends von staatlicher
358 Unterstützung ausgeschlossen ist - schutzsuchende Menschen im Asylverfahren.
359 Asylsuchende mit einer Behinderung und ihre Angehörigen brauchen im Gegensatz
360 allerdings besondere finanzielle Unterstützung!

- 361 • Wir fordern eine angemessene **Entlohnung und Entlastung für pflegende**
362 **Angehörige**, beispielsweise mit einem flexiblen Entlastungsbudget und mehr
363 Urlaubstagen.

- 364 • Bürokratie-Hürden müssen unbedingt abgebaut und die **Begutachtung der Ämter**
365 **auf Aktengrundlage verboten** werden.
- 366 • Außerdem fordern wir, dass das **Brandenburgische Landespflegegeldgesetz**
367 **angepasst** wird, sodass Asylsuchende nicht erst nach Abschluss ihres
368 Asylverfahrens Anspruch auf Pflegegeld haben.

369 **Fußnoten:**

370 **1 neurodivergent** = Menschen, die auf dem Spektrum der menschlichen
371 Hirnfunktionen unterschiedliche Ausprägungen zeigen

372 **2 Teilhabe** = Einbezogenheit in eine Lebenssituation

373 **3 marginalisiert** = benachteiligt

374 **4 weiß** = wird kursiv geschrieben, denn *weiß* ist nicht als „Hautfarbe“ oder als
375 ein biologischer Begriff zu verstehen, sondern eine gesellschaftlich dominante
376 Machtposition, die mit Privilegien verbunden ist. *weiß* sein ist eine historisch
377 durch rassistisches Bewusstsein konstruierte, unsichtbare und mächtige Ordnung,
378 die Beziehungen zwischen Menschen und deren Zugang zu Ressourcen strukturiert.

379 **5 cis-hetero** = bezeichnet die Übereinstimmung von der eigenen
380 Geschlechtsidentität und dem Geschlecht, das einer Person bei der Geburt
381 zugewiesen wurde

382 **6 intersektionale Diskriminierung** = mehrfache Diskriminierung

383 **7 Stigmatisierung** = ein Prozess, in dessen Verlauf innerhalb einer Gesellschaft
384 bestimmte äußere Merkmale von Personen und Gruppen, zum Beispiel ihre Hautfarbe
385 oder eine sichtbare Behinderung, mit negativen Bewertungen belegt wird

386 **8 Landesantidiskriminierungsgesetz** = ein Berliner Gesetz, welches von
387 Diskriminierung betroffenen Menschen bessere Möglichkeiten gibt, sich rechtlich
388 dagegen zu wehren

389 **9 Landesgleichstellungsgesetz** = ein Brandenburgisches Gesetz, welches zum Ziel
390 hat, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen

391 **10 Scheinselbstständigkeit** = Auftragsverhältnis zwischen Arbeitgeber*in und
392 Freiberufler*in, welches wie ein „normales“ Beschäftigungsverhältnis umgesetzt
393 wird, ohne, dass die*der Arbeitgeber*in dem*der Freiberufler*in die gleichen
394 Arbeitnehmer*innenrechte wie bei regulären Angestellten gewährt

395 **11 Arbeitnehmer*innen-Vertretung** = eine Organisation von Mitarbeitenden von
396 Betrieben, Verwaltungen, Unternehmen, etc., um ihre Interessen gegenüber
397 Arbeitgeber*innen zu vertreten

398 **12 existenziell** = dem menschlichen Leben verbunden, lebenswichtig

399 **13 sukzessiv** = nacheinander abfolgend

400 **14 BIPOC** = Black, Indigenous, and People of Colour, also Schwarze Menschen,
401 indigene Menschen und nicht-weiße Menschen. Generell wird der Begriff auch für
402 alle Menschen mit Rassismuserfahrung verwendet.

403 **15 LGBTIQ*/LSBTIQ*** = lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere
404 Menschen. Das sind alles Beschreibungen für sexuelle Orientierungen und
405 geschlechtliche Identitäten.

- 406 **16 Solidarmodell** = Konzept, bei dem sich gemeinschaftlich geholfen wird,
407 miteinander gearbeitet wird
- 408 **17 E-Government** = die verstärkte Nutzung digitaler und elektronischer
409 Informations- und Kommunikationstechniken in der Verwaltung und Regierung
- 410 **18 Transparenzgesetz** = Landesgesetz, das der Bevölkerung Zugang zu Verträgen,
411 Gutachten, Treffen mit Lobbyisten und anderen behördlichen Vorgängen garantieren
412 soll
- 413 **19 humangenetische Perspektive** = Perspektive auf Behinderung, die sich nicht mit
414 dem sozialen Umfeld von Menschen o.ä., sondern ausschließlich mit Genen und
415 "genetischen Abweichungen" befasst
- 416 **20 segregierend** = trennend, absondernd, abspaltend
- 417 **21 integriert** = in ein größeres Ganzes eingebunden
- 418 **22 Exklusion** = die soziale Benachteiligung/soziale Ausgrenzung an den Rand der
419 Gruppe oder Gesellschaft
- 420 **23 multiprofessionelle Teams** = Teams, die aus Menschen mit verschiedenen Berufen
421 bestehen
- 422 **24 Partizipationsmöglichkeiten** = Möglichkeiten für Menschen, sich beispielsweise
423 in der Gesellschaft oder in der Politik einzubringen
- 424 **25 Petition** = Schreiben (z.B. eine Bittschrift oder eine Beschwerde) an eine
425 zuständige Stelle
- 426 **26 prekär** = schwierig, unangenehm, die Existenz bedrohend
- 427 **27 Sozialpass** = vom Land herausgegebener Ausweis für finanziell benachteiligte
428 Menschen mit Vergünstigungen in Nahverkehr, Kultur, Sport, Freizeit und Bildung
- 429 **28 Profitideologie** = der Glaube oder Zwang, alle Aktivitäten nach dem
430 wirtschaftlichen Gewinn auszurichten
- 431 **28 Carearbeit** = bezahlte oder unbezahlte, (häufig) nicht gewertschätzte
432 Pflegearbeit, die überwiegend von FIT* (Frauen, Inter*, Trans* und nonbinären)
433 Personen durchgeführt wird
- 434 **29 adäquat** = angemessen>